

Neufassung der Verordnung der Stadt Glauchau zur Regelung der verkaufsoffenen Sonntage

Auf Grund § 8 Abs. 1 des Sächsischen Gesetzes über die Ladenöffnungszeiten im Freistaat Sachsen und zur Änderung des Gesetzes über Sonn- und Feiertage im Freistaat Sachsen (SächsLadÖffG) vom 1. Dezember 2010 (SächsGVBl. S.338), zuletzt geändert durch Art. 3 des Gesetzes vom 5. November 2020 (SächsGVBl. S. 589), hat der Stadtrat mit Beschluss Nr. 2024/154 in seiner Sitzung am 24. Oktober 2024 folgende Verordnung beschlossen:

§ 1 Geltungsbereich

Die Verordnung gilt für die Verkaufsstellen am verkaufsoffenen Sonntag innerhalb des Veranstaltungsgeländes gemäß Anlage „Veranstaltungsgelände Innenstadt“.

§ 2 Regelungsinhalt

(1) Als verkaufsoffener Sonntag wird folgender Sonntag festgelegt:

- verkaufsoffener Sonntag 08.12.2024 anlässlich des Weihnachtsmarktes

(2) An diesem Sonntag dürfen die Verkaufsstellen von 12:00 – 18:00 Uhr geöffnet sein.

§ 3 Ordnungswidrigkeiten

Ordnungswidrig im Sinne von § 11 Abs. 1 Nr. 1 SächsLadÖffG handelt, wer als Inhaber einer Verkaufsstelle, als Gewerbetreibender oder als verantwortliche Person im Sinne des SächsLadÖffG vorsätzlich oder fahrlässig entgegen einer Bestimmung des § 8 SächsLadÖffG Verkaufsstellen an anderen als den in § 2 dieser Verordnung genannten Tagen öffnet oder Waren gewerblich anbietet.

Ordnungswidrigkeiten nach Satz 1 können gemäß § 11 Abs. 2 SächsLadÖffG mit einer Geldbuße bis zu 5.000 Euro geahndet werden.

§ 4 In-Kraft-Treten/Außer-Kraft-Treten

Diese Verordnung tritt am Tag nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Verordnung vom 26.04.2024 außer Kraft.

Glauchau, den 25.10.2024

gez. Marcus Steinhart
Oberbürgermeister

Heilungsklausel nach § 4 Abs.4 und 5 der SächsGemO:

„(4) ¹Satzungen, die unter Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften zustande gekommen sind, gelten ein Jahr nach ihrer Bekanntmachung als von Anfang an gültig zustande gekommen. ²Dies gilt nicht, wenn

1. die Ausfertigung der Satzung nicht oder fehlerhaft erfolgt ist,
2. Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzungen, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind,
3. der Bürgermeister dem Beschluss nach § 52 Absatz 2 wegen Gesetzwidrigkeit widersprochen hat,
4. vor Ablauf der in Satz 1 genannten Frist
 - a) die Rechtsaufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet hat oder
 - b) die Verletzung der Verfahrens- oder Formvorschrift gegenüber der Gemeinde unter Bezeichnung des Sachverhalts, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht worden ist.

³Ist eine Verletzung nach Satz 2 Nummer 3 oder 4 geltend gemacht worden, so kann auch nach Ablauf der in Satz 1 genannten Frist jedermann diese Verletzung geltend machen.

⁴Sätze 1 bis 3 sind nur anzuwenden, wenn bei der Bekanntmachung der Satzung auf die Voraussetzungen für die Geltendmachung der Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften und die Rechtsfolgen hingewiesen worden ist.

(5) Absatz 1 Satz 2, Absatz 3 Satz 1 und Absatz 4 gelten für anderes Ortsrecht und Flächennutzungspläne entsprechend.“